



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/K/ November 1955

Einw.
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 099 890

Der Schatten von Jalta - von Willi Eichler	S. 1
Schwierige Verfassungsrichterwahl in Italien	S. 3
Die Notwendigkeit eines neuen Apothekenrechtes	S. 5
Im Dschungel der politischen Begriffe (Glosse)	S. 7

In der nächsten Ausgabe der Monatszeitschrift "Geist und Tat" veröffentlicht das Vorstandsmitglied der SPD Willi Eichler, eine Analyse der Genfer Konferenz, die das Versagen von West und Ost und die erstaunliche Passivität der Bundesregierung in der Frage der deutschen Wiedervereinigung umreißt. Mit Erlaubnis des Verfassers geben wir den Artikel in seinen wesentlichen Teilen wieder.

Der Geist von Genf

"Ich sehe keine Spur von Geist,
und alles ist Dressur"

Goethe, Faust I.

Die internationale Politik der Grossen und - in ihren Gefolge und in ihre Netze verstrickt - der Kleinen hat zu einer Reaktion der Öffentlichkeit geführt, die offenbar zwischen der Stimmung "himmelhoch jauchzend" und "zu Tode betrübt" keine Zwischentöne mehr finden kann. Dabei hätte es eigentlich klar sein sollen, dass Konfliktstoffe wahrhaft weltweiter Art, mit ideologischen, wirtschaftlichen und machtpolitischen Untergrund, dazu getarnt durch propagandistische und diplomatische Finessen, nicht von heute auf morgen geklärt werden können.

Es scheint klar zu sein, dass man sich auf beiden Seiten noch immer nicht entschlossen hat, die Dinge so zu sehen, wie sie sind. Der "Westen" hatte spekuliert (obwohl kein Ansatz einer 38jährigen Erfahrung ihn dazu ermutigen konnte), die Sowjetunion hätte aus

25. 11. 1955

"Schwäche" (und als Erfolg der westlichen "Politik der Stärke"!) plötzlich in einem lichten Augenblick der Vernunft oder auch in einem Anfall von Geistesabwesenheit eine andere Haltung, eine positiv-koexistentielle, eingenommen als vorher. Und die Sowjet-Machthaber haben offenbar die Bereitschaft des Westens überschätzt, den sowjetischen Übergllauben vom notwendigen Zusammenbruch der "westlichen" Welt durch Taten zu stützen.

Nach wie vor ist der Geist von Genf überschattet vom Ungeist von Talta, dem die Aufteilung der Welt in "Einflußsphären" zufiel, die Verschiebung ganzer Völker auf dem Schachbrett des Ost-West-Kuhhandels. Und dieser Handel ist keineswegs abgeschlossen. Kein Wunder, denn nach der Einbeziehung Chinas in die kommunistische Welt, dem "schmutzigen Krieg" in Indochina mit seinen traurigen Ergebnissen für den Westen, den neuen Ansätzen kommunistischer Tätigkeit im Nahen Osten muss die Sowjetrussen die Vorstellung beherrschen, sie könnten im Kalten Krieg noch Geschäfte machen.

Eines dieser ihnen möglich erscheinenden "Geschäfte" ist offenbar, maximal, ein wiedervereinigtes Deutschland, in dem sie erheblichen Einfluss haben, oder, minimal, ein Festhalten der sowjetbesetzten Zone in ihrem Machtbereich. Bei ihrem Maximalziel schwebt ihnen vielleicht die Spekulation vor, eine Wiedervereinigung Deutschlands anzubieten, vielleicht unter Einfluss einiger Gebiete jenseits der Oder-Neisse-Grenze, unter der Bedingung, "dass Du niederfällst und mich anbetest". Das dauert - schon um den Vorschlag wagen zu können - einige Jahre. Deshalb ist auch "die Wiedervereinigung" nicht "aktuell". Da liegt am deutschen Volk und seiner Politik, den Russen den Rest der Hoffnung auf eine solche "Lösung" zu zerstören!

Bleibt die Minimal-Lösung. Hier hat die Politik des Westens und der Bundesregierung entscheidend versagt. Die Verpflichtung der Vier zur Aufhebung der Spaltung Deutschlands ist von ihnen anerkannt. Die SPD hat dauernd verlangt, den Sowjets nicht das Argument zu liefern, das wiedervereinigte Deutschland solle aufrüsten und in die NATO eingegliedert werden. Man hat von dieser "Politik der Stärke" erwartet, die Russen würden dadurch in die Knie gehen! Das Gegenteil trat ein: sie hatten, mindestens, eine Ausrede, gegen die Wiedervereinigung zu sein, weil sie sich bedrängt fühlten.

Solange über den militärischen Status des wiedervereinigten Deutsch-

land keine Einigkeit unter den Vier besteht, ist kaum eine Lösung zu finden, die allen Ansprüchen gerecht werden kann. Solange also die Bundesrepublik fest in die NATO einzementiert bleibt, ohne Andeutungen, dass das wiedervereinigte Deutschland aus ihr entlassen werden würde, bei klaren Vorstellungen und Abreden über seinen militärischen Status, solange kommt die Unterhaltung über die Wiedervereinigung nicht weiter. Das Gerede von dem Wunsch der Russen nach einer "Bolschewisierung ganz Deutschlands" liefert kein Argument dagegen, mit den Russen zu einer Klärung des militärischen Status' Gesamtdeutschland zu kommen. Solange sie danach nicht gefragt werden, geben sie darauf keine Antwort - und solange das nicht geschieht, ist die Phantasiererei über angebliche oder wirkliche Pläne der Russen mit Deutschland nicht lichtvoller als die Nazi-Phantasien über die "Weisen von Zion". Wer mögliche Klärungen nicht sucht, bereitet wachsender Unklarheit den Boden.

Das aber scheint das Ziel der Bundesregierung zu sein: Ihre "Politik der Stärke" ist so kläglich gescheitert, dass Dr. Adenauer in Moskau sogar bestritt, sie hätte je existiert. Die Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO hat uns der Wiedervereinigung Deutschlands nicht nähergebracht. Damit fällt die zweite bombastische Behauptung der "Stärke"-Politiker sowie die geschichtsphilosophischen Wanderungen Kiesinger durch die Weltpolitik in sich zusammen. Es bleibt die Notwendigkeit, mit den Russen, die über Deutschlands Wiedervereinigung mitzureden haben, über diese zu sprechen in einer Sprache, die, erstens, das Mögliche, die Einigung über den militärischen Status, in Angriff nimmt und die, zweitens, jede Hoffnung auf eine "Bolschewisierung" Deutschlands als Schimäre erkennen lässt.

Es besteht Grund zu der Annahme, dass Dr. Adenauer und seine Schildknappen das erste für einen Schritt in Richtung auf das zweite bezeichnen, also die SPD als Bannerträger Moskaus beschimpfen werden, was ja in seiner Presse langsam anläuft. In Wirklichkeit hat gerade die Politik des Westens und der Bundesrepublik die Position der Russen gestärkt, - indem sie ihnen wenigstens den Schein des Arguments gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands geliefert hat, das Argument der Bedrohung der Sowjetunion durch die Militärpolitik der Bundesrepublik.

Schliesslich wird die Sowjetunion noch immer Möglichkeiten suchen, mit den Westmächten über Sicherheit und Abrüstung zu reden, auch über Probleme des Nahen und Fernen Ostens, und dabei den Verzicht auf die Wiedervereinigung Deutschlands als Kaufpreis für solche Verabredungen fordern. Die Regierungen der Westmächte sind noch dagegen, die Zeitungen sind zum Teil schon heute anderer Meinung. Je länger sich die Verhandlungen hinziehen, umso mehr wird die öffentliche Meinung des Westens "aufgeweicht" werden - also ein Grund mehr für die Bundesregierung und das deutsche Volk, auf Beschleunigung hinzudrängen, auf Fragestellungen, die uns dem Ziel näherbringen oder wenigstens Klarheit schaffen.

Kampf um das italienische Verfassungsgericht

P.E. Rom ,

Vor kurzem fanden im römischen Parlament mehrere Sitzungen statt, die schon äusserlich den Charakter eines ausserordentlichen Ereignisses hatten: An ihnen nahmen nämlich insgesamt mehr als achthundert Volksvertreter teil - nahezu sechshundert Mitglieder der Deputiertenkammer und mehr als zweihundert Senatoren. Zweck dieser Plenarversammlung beider Häuser des Parlaments war es, die Wahl von fünf Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofes vorzunehmen.

Das seinerzeit beschlossene Durchführungsgesetz zu der hierauf bezüglichen prinzipiellen Bestimmung der Verfassung sah vor, dass diese Körperschaft insgesamt aus fünfzehn Mitgliedern bestehen soll. Fünf von ihnen werden durch die obersten Berufsvertretungen des Richterstandes bestimmt; weitere fünf ernennt der Präsident der Republik nach eigenem Ermessen. Die restlichen fünf Verfassungsrichter aber werden vom Parlament gewählt, und zwar in gemeinsamer Sitzung beider Kammern. Ausserdem sieht das Gesetz vor, dass für eine gültige Wahl eine Dreifünftelmehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich ist.

Bereits unter der Regierung Scelba ist zweimal der Versuch unternommen worden, die Wahl dieser fünf vom Parlament zu bestimmenden Verfassungsrichter vorzunehmen. Beide Male jedoch erwies es sich als unmöglich, eine ausreichende Übereinstimmung der Parteien zu erzielen. Zum Unterschied von seinem Vorgänger hat der neue Regierungschef Segni sehr bald nach seinem Amtsantritt energische Versuche unternommen, um zu einer zwischenparteilichen Vereinbarung zu gelangen, die diesmal die Durchführung der Wahl ermöglichen sollte. Die Hauptschwierigkeit für einen solchen vorausgängigen Fakt zwischen den Parteien lag in dem Umstand, dass nicht sechs sondern nur fünf Richter gewählt werden sollten. Dabei musste nämlich unweigerlich eine Gruppe zu kurz kommen. Die Democrazia Cristiana als die stärkste Partei des Hauses beanspruchte für sich im vorhinein zwei von den fünf Sitzen, auf Kommunisten und Linkssocialisten wäre sodann je ein Sitz entfallen, um den einen noch verbleibenden Sitz aber stritt sich die Rechte mit den kleineren Mittelparteien (Liberale, Sozialdemokraten und Republikaner) und keine der beiden Gruppen wollte auf ihren Anspruch ver-

zichten.

Bei alledem muss bemerkt werden, dass das Gesetz ausdrücklich vorschreibt, kein Verfassungsrichter dürfe aktives Mitglied des Parlaments sein. Es handelte sich also nicht darum, Abgeordnete der einen oder der anderen Fraktion auf den Richtersessel zu bringen, vielmehr waren die Kandidaten sämtlicher Parteien keine Parlamentarier, sondern irgendwelche prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Richter oder Rechtsgelahrte. Irgendwie gehörte aber doch jeder von ihnen einer bestimmten politischen Richtung an.

Um einen Ausweg aus der verfahrenen Situation zu finden, hatte sich Staatspräsident Gronchi erbötig gemacht, den sechsten Verfassungsrichter, den die Parteienstrategie erforderte, für den jedoch unter den vom Parlament zu bestimmenden Persönlichkeiten kein Platz mehr verfügbar war, auf die Liste der fünf von Präsidenten zu ernennenden Richter zu setzen. Trotz dieses Angebotes aber erwies sich auch diesmal die Durchführung der Wahl als äusserst schwierige Operation, weil im letzten Augenblick immer neue parteistrategische Gesichtspunkte in die Debatte geworfen wurden.

In der letzten gemeinsamen Sitzung der beiden Kammern gelang es lediglich zwei Persönlichkeiten, die erforderliche Dreifünftelmehrheit auf sich zu vereinigen. Zu Verfassungsrichtern wurden somit gewählt: Professor Gaspare Ambrosini, Inhaber der Lehrkanzel für Verfassungsrecht an der Universität Rom, und Professor Mario Bracci, Rektor der Universität Siena. Von diesen beiden Rechtsgelahrten gilt der eine als Kandidat der Democrazia Cristiana, während der andere ein eingeschriebenes Mitglied der Sozialistischen Partei (Menni-Sozialisten) ist.

Eine Reihe von nachfolgenden Wahlgängen verlief ergebnislos, und man hat sich schliesslich dahin geeinigt, die ganze Angelegenheit um etwa einen halben Monat zu vertagen, in der Hoffnung, dass es bis dahin doch noch gelingen werde, ein für die Parteien annehmbares Kompromiss zu finden.

Die Apotheker

E-n. Der Entwurf eines Apothekengesetzes, den die Bundesregierung dem Bundestag vorgelegt hat, ist in den Ausschussberatungen gescheitert. Damit bleibt das verworrene Apothekenrecht in Deutschland vorerst weiter bestehen: die ältesten Apotheken werden auf Grund von "Privilegien" betrieben, die im 19. Jahrhundert gegründet zumeist auf Grund von "Realkonzessionen"; dann sind nur noch "Personalkonzessionen" vergeben worden. Seit der Einführung der "Gewerbefreiheit" in der amerikanischen Besatzungszone 1948 konnten dort Apotheken auf Grund von "Lizenzen" eingerichtet werden.

Das Apothekenprivileg ist ein vererbliches und veräußerliches Recht, in einem bestimmten Grundstück eine Apotheke zu betreiben, sofern der Inhaber in Besitz der persönlichen Berufsvoraussetzungen ist. Die "Realkonzession" ist zwar eine persönliche Konzession, aber für ein bestimmtes Grundstück, und jedem Käufer muss die Konzession erteilt werden, wenn er die berufliche Qualifikation hat. Das hat einmal seinen guten Sinn gehabt: bis zur Entwicklung der pharmazeutischen Industrie im 19. Jahrhundert war aller Handel mit Giften Vorrecht der Apotheken. Das Niedrighalten ihrer Zahl war ein sehr einfaches Mittel der Überwachung und gab andererseits dem Apotheker eine sichere wirtschaftliche Existenz, die die strenge Trennung von allen anderen Handelsobjekten ermöglichte. Damit hat sich eine Berufsgruppe von eigentümlicher Tradition und auch grosser Zuverlässigkeit gebildet.

Das Aufkommen der pharmazeutischen Industrie um die Jahrhundertwende hat die Voraussetzungen gründlich verändert. Die Verwendung von Giftstoffen greift weit über den früheren Rahmen der Heilkunde hinaus. Ein ausgedehnter Grosshandel hat sich entwickelt. Die Apotheken sind zu Einzelhändlern vorfabrizierter Präparate geworden; selbst wo sie nach Rezepten Arzneien überhaupt noch bereiten, handelt es sich längst nur noch um die Endverarbeitung. Die inneren Voraussetzungen der Vorrechte fehlen heute. Darum war es konsequent, dass die Amerikaner mit dem Prinzip der Gewerbefreiheit auch ihre eigene Form des Apothekenbetriebs, der nur an persönliche Qualifikation gebunden ist, in Deutschland durchsetzen wollten, - unbeschadet gewisser Misstände, die damit verbunden waren.

Eine Vereinfachung des Apothekenrechts und seine Anpassung an die heutigen Gegebenheiten ist notwendig. Auch muss eine Klärung der rechtlichen Stellung der "Lizenzen" erfolgen. Die Berufsorganisationen der Apothekenbesitzer wollten das Prinzip der Realkonzession auf alle bestehenden Apotheken, also auch auf die Lizenzen, ausweiten und vor allem ein weitgehendes Nutzungsrecht für alte Apotheker und ihre Hinterbliebenen als eine sehr einfache Form der Vorsorge erhalten. Damit käme der nicht aus Apothekerfamilien stammende Nachwuchs in eine aussichtslose Berufssituation. Der Regierungsentwurf, auf der Basis der "Personalkonzession", hätte ähnliche Wirkungen haben müssen.

Das Parlament hat zunächst die Frage der Niederlassungsfreiheit im Apothekenwesen ernsthaft zur Diskussion gestellt. Die Meinung, dass damit der amerikanische "Drugstore" - eine kleine Apotheke als Anhängsel an eine eigentümliche Mischung von Schnellimbiss und Verkaufsstelle nach Art unserer Kioske - Bürgerrechte in Deutschland erhalten sollte, beruht auf einem Irrtum. Es handelt sich darum, das Arzneimittelwesen dort zu kontrollieren, wo es der Kontrolle vor allem bedarf, in Fabrikation und Grosshandel, damit eine Unzahl fragwürdigster und auch gesundheitlich sehr bedenklicher Erscheinungen im Arzneimittelwesen beseitigt wird. Ausserdem muss das Wettbewerbsprinzip auch für die Preise wirksam gemacht werden.

Mit einem umfassenden Arzneimittelgesetz wird es keine Schwierigkeiten bereiten, einwandfreie Apotheken auch im Rahmen der Gewerbefreiheit zu erhalten, wenn nur die Betriebs- und Kontrollvorschriften entsprechend gefasst sind. Überalterter Formen und Vorrechte und der obrigkeitlichen "Bedürfnisprüfung" bedarf es dazu nicht mehr.

Rezept zum Kopfschütteln

hp. Wenn die Sowjetunion die Neutralisierung Deutschlands fordert, dann wird das vom Westen als Vorwegnahme der Entscheidungsfreiheit der gesamtdeutschen Regierung abgelehnt.

Wenn im Edenplan für einen europäischen Sicherheitspakt eine besondere militärisch kontrollierte Zone beiderseits der Demarkationslinie vorgeschlagen wird, die das östliche Territorium und dessen Bevölkerung innerhalb Gesamtdeutschlands betrifft, dann ist das keine Vorwegnahme der Entscheidungsfreiheit.

Wenn jemand in der Bundesrepublik die Revisionsklausel in Pariser Verträgen ernst nimmt und seine mögliche Anwendung zur Diskussion stellt, dann gefährdet er damit in den Augen der Bundesregierung die Solidarität der Westmächte für die Wiedervereinigung.

Wenn die Westmächte selbst eine solche Klausel in den Vertrag aufnehmen und die Bundesregierung zustimmt, dann war das natürlich ein Beweis der Solidarität der Westmächte für die Wiedervereinigung.

Wenn Sportler der DDR und der Bundesrepublik in einer Mannschaft bei der Olympiade auftreten, dann dient das zur Überwindung der Teilung Deutschlands. Wenn westdeutsche Künstler in der DDR auftreten, dann dient das natürlich nicht der Überwindung der Teilung.

Wenn die Bundesregierung Ministerialbeamte über Handelsabkommen mit gleichrangigen Beamten der Grotewohl-Regierung verhandeln lässt, dann hilft man damit nicht dem Pankower Regime. Wenn die SPD eine Intensivierung dieser Kontakte ähnlicher Art fordert, dann hilft man damit natürlich dem Pankower Regime.

Wenn, ja wenn politische Begriffe nicht je nach Bedarf auslegungsfähig wären, was sollten dann die Leute machen, die davon leben?

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau